

# Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen den 31. Mai, 8<sup>o</sup> Uhr Abends.

Berlin, 31. Mai. Gute Vernehmung nach begiebt sich der König Morgen Abends 10<sup>1/2</sup> Uhr auf zwei Tage zum Besuch des russischen Kaisers nach Ems und kehrt Sonnabends von dort zurück.

London, 31. Mai. Unterhaus. Die irische Landbill wurde in der letzten Sitzung in dritter Lesung angenommen.

## Die Competenz des Bundesrates.

Wie die Zeitungen berichtet haben, hatte sich im Bundesratte gegen das vom Reichstag angenommene Gesetz zum Schutz des geistigen Eigentums von Seiten mehrerer Bundesregierungen um deswegen ein Widerspruch erhoben, weil in demselben die letzte Instanz dem Bundesoberhandelsgerichte zu Leipzig übertragen worden war. Dieser Widerspruch stützte sich auf die Behauptung, daß die betreffende Bestimmung eine Verfassungsveränderung enthalte und also zu derselben eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen im Bundesratte erforderlich sei. Wir müssen unsererseits erklären, daß wir keiner einzelnen Bundesregierung, ja sogar dem ganzen Bundesratte selber nicht die Befugnis zugestehen können, allein und ausschließlich darüber zu entscheiden, ob ein Gesetz eine Verfassungsveränderung enthalte oder nicht. Die Bundesverfassung weist dem Bundesratte eine solche Competenz nicht zu; sie stellt nur fest, daß Verfassungsveränderungen im Wege der Gesetzgebung erfolgen, d. h. vom Reichstag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können, daß dagegen zu denselben eine Mehrheit von zwei Dritteln der im Bundesratte vertretenen Stimmen erforderlich ist. Nirgends steht in der Bundesverfassung eine Silbe darüber geschrieben, daß der Bundesrat als solcher die Competenz hat, zu beschließen, daß diese oder jene Bestimmung in einem Gesetze, welches ihm zur Genehmigung vorliegt, implizite eine Verfassungsveränderung enthalte und also nur mit 2/3 Majorität genehmigt werden könne. Es steht nicht in dem Belieben des Bundesrathes, jede beliebige Frage zu einer Verfassungsfrage zu machen; die Mitwirkung des Reichstages würde sonst in dieser Beziehung auf Null reduziert werden. Für uns ist es ganz unzweifelhaft, daß Reichstag und Bundesrat darüber einig sein müssen, ob ein Gesetz implizite eine Verfassungsveränderung enthält oder nicht; jedenfalls muß verlangt werden, daß im Reichstag, bevor er seine definitiven Beschlüsse über einen Gesetzentwurf fäst, von Seiten des Bundesrathes eine formelle Erklärung darüber abgegeben wird, ob einzelne Bundesregierungen bei der einen oder anderen Bestimmung des Gesetzes die Competenzfrage anzuregen beabsichtigen; nachträglich, nachdem der Reichstag seine definitiven Beschlüsse gefaßt hat, sind derartige Competenzbedenken durchaus unzulässig und die einfache Mehrheit des Bundesrathes genügt, um durch ihre Zustimmung das vom Reichstag beschlossene Gesetz perfekt zu machen. Fast unbegreiflich will es uns erscheinen, daß gerade die sächsische Regierung die Einsetzung des Bundesoberhandelsgerichts zu Leipzig als letzte Instanz in Bezug auf das Autorenrecht zu einer Verfassungsfrage hat machen wollen, da gerade von ihrer Seite ja im vorigen Jahre der Antrag ausgegangen ist, eine gemeinsame höchste Instanz für Handelsachen einzurichten. Die Königl. sächsische Regierung mußte sich doch, als sie mit diesem Antrage die Initiative ergriff, darüber klar sein, daß es keinen Sinn hat, eine höchste Instanz allein für Handelsachen einzurichten, daß es vielmehr die nothwendige Folge dieses Beschlusses sein würde, daß dem neugeschaffenen Bundesgerichtshof nach und nach auch andere Sachen zur Entscheidung in letzter Instanz überwiesen werden würden, bis es möglich sein wird, ein das ganze Rechtsgebiet umfassend höchstes Bundesgericht in's Leben zu rufen. Welcher Sinn soll in einem gemeinsamen Straf- und Civilprozeß-Ordnung für den Bund liegen, wenn nicht schließlich auch ein gemeinsamer höchster Gerichtshof für den Bund errichtet wird? Das öffentliche Recht wird ja nicht allein geschaffen durch ein bestimmtes Gesetz, sondern es bildet sich aus und erweitert sich durch die Zusprüche des höchsten Gerichtshofs; so lange es überhaupt ein öffentliches Recht gibt, hat man diesen Grundsatz überall anerkannt; sogar in England, dessen Rechtsinstitutionen nach dieser Richtung hin bekanntlich sehr mangelhaft sind, wird die Nothwendigkeit dessen nicht verkannt. Ein oberster Gerichtshof ist unbedingt nothwendig, wenn die Einheit des Rechts aufrecht erhalten werden soll; denn das Recht ist nichts Willkürliches, es bildet sich nach den Bedürfnissen des Lebens und des Verkehrs, und es würde das einheitliche Recht, welches die Bundesgesetzgebung schafft, in wenigen Jahren wieder getilgt, wenn nicht zerstört sein in seiner Einheit, wenn 7 oder 8 höchste Instanzen nebeneinander im Bunde bestehen blieben. Wir kommen zum Schlusse nochmals auf die Frage zurück: Hat der Bundesrat die Befugnis, jede beliebige Frage, ohne daß der Reichstag dabei mitzuwirken hat, für eine Verfassungsfrage zu erklären? Wir müssen diese Frage ganz entschieden verneinen und zwar um so mehr gerade in diesem Falle verneinen, weil von den Bundesregierungen während der Plenar-Verhandlungen des Reichstages die Verfassungsfrage gar nicht angeregt worden ist; es könnte sonst ja jeder Beschluss des Reichstages, wenn derselbe einigen Bundesregierungen, die zusammen über 2/3 der Stimmen im Bundesrathe plus einer verfügen, nicht gefestigt, nachträglich vereitelt werden, ohne daß der Reichstag bei der Beschlussfassung von dieser Möglichkeit auch nur eine Abnung hätte.

\* Berlin, 30. Mai. Ueber den Umschwung der Verhältnisse in Mecklenburg unter der Einwirkung der Bundesgesetzgebung sagt der Jahresbericht des preußischen Consulats in Wismar: "Nirgends aber hat die Bundesgesetzgebung wohl einen größern Einfluß ausübt, als auf die mecklenburgischen Zustände; sie hat den Verkehr und das Gewerbe von den alten Fesseln erlöst und die freie Bewegung an die Stelle des früheren Gebundenseins treten lassen. Man erhofft davon ein neues Aufblühen des Handels und der Gewerbe, wenngleich der Übergang in die neuen Verhältnisse für manchen Einzelnen große Unbequemlichkeiten und Verluste mit sich führt... Die Hoffnung, daß mit den neugeschaffenen Verhältnissen in Mecklenburg rasch Fabrikunternehmungen verschiedener Art ins Leben gerufen werden würden, hat sich

bisher nicht erfüllt. Hauptsächlich scheint der Mangel an hinreichender billiger Arbeitskraft in dem dünn bebölteten, vorzüglich nur Landwirtschaft treibenden Lande hier seinen lämmenden Einfluß auszuüben." — Der Reichstag hatte in seiner 36. Sitzung beschlossen, die Petition oder vielmehr Beschwerde der Cigarrenarbeiter Schneider und Genossen über die ihnen aus der Beschäftigung der Buchthaus gefangen gewachsene Concurrenz dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit diese Petition darauf abzielt, in geeigneter Weise die allgemeine Einführung der für die preuß. Strafanstalten vorgeschriebenen Grundsätze für die Beschäftigung der Strafanfangen herbeizuführen. Der Bundesrat hat nun beschlossen, diese Petition dem Bundeskanzler mit dem Ersuchen zu überweisen, den beteiligten Bundesregierungen, also namentlich auch Sachsen und Braunschweig von dem Reichstagsbeschlusse Kenntnis zu geben. Die oben erwähnten Grundsätze sind in einer Circularverfügung vom 2. August 1849 aufgestellt und lassen sich in folgende 5 Punkte zusammenfassen: 1) alle zur Arbeits- oder Buchthausstrafe verurteilten gesunden und arbeitsfähigen Gefangenen müssen, so weit es irgend ausführbar ist, angemessen beschäftigt werden; 2) der Arbeitsbetrieb an den Strafanstalten muß jedoch so eingerichtet werden, daß dadurch dem freien Gewerbebetriebe so wenig als möglich entgegengesetzt wird; 3) alle Arbeiten, deren die Strafanstaltenverwaltung zu ihrem eigenen Zwecke bedarf, können in den Strafanstalten angefertigt werden; 4) außer dem Falle ad 3 ist die Fabrikation für Rechnung der Anstalten, soweit es zulässig erscheint, ohne einen Theil der arbeitsfähigen Strafanfangen unbeschäftigt zu lassen, zu vermeiden; 5) Handwerkssarbeiten, welche an den Orten, wo die Strafanstalten sich befinden und in deren Umgegend betrieben werden, dürfen in der Regel und wenn nicht etwa besondere Umstände eine Ausnahme von dieser Regel rechtfertigen möchten, nicht auf Bestellung, sondern nur für das eigene Bedürfnis der Strafanstalt gemacht werden. — Auch für Berlin soll eine Börse gegründet werden, verbunden mit einem telegraphischen Correspondenzbureau, nach dem Muster derselben Institute, welche in Leipzig, Hamburg und Frankfurt a. M. bestehen, gegründet und noch im Laufe dieses Jahres dem Verkehr übergeben werden. — Im nächsten Jahre wird in Berlin eine große landwirtschaftliche Provinzial-Ausstellung stattfinden. — Gestern fand auf dem Bouplage für das Asyl für obdachlose Frauen und Mädchen die Feier der Grundsteinlegung in einfacher würdiger Weise statt. Magistrat und Stadtverordnete waren dabei durch Deputationen vertreten. Der Abg. v. Bunsen hielt die Weihrede.

— Die neueste Nummer der "Protest. Kirchen" berichtet: "Die Kreissynode Köln, welche sich vor wenigen Tagen hier versammelte, erlebte folgende, vielleicht nicht ganz bedeutungslose Scene. Als die Zeit der von dem Consistorium vorgeschlagenen „zweckmäßigen, freien Anträge“ herankam, wiederholte Hr. Klemann, den von der Friedrich-Werderschen Synode läufig angenommenen Antrag in Betreff der geistlichen Mitglieder des Protestantentenvereins: amliche Aufforderung an dieselben zum Verlassen des Vereins. Propst Köllner, der auch hier den Vorsitz führte, beantragte einfache Tagesordnung; General-Superintendent Hoffmann aber erklärte: Die Behörden würden sich weder durch eine noch durch mehrere Kreissynoden zu unbesonnenen Maßregeln verleiten lassen. Ein Consistorium stehe auf höherem Standpunkte als die Kreissynoden; es habe das Ganze der Kirche ins Auge zu fassen. Die Behörde verneinte zwar nicht, daß der Protestantenten-Verein viele bedenkliche Seiten habe, aber es fehle diesem Vereine auch nicht an innerer Berechtigung. Darauf wurde einfache Tagesordnung beschlossen mit 25 gegen 12 Stimmen." (Die "Kreuz Z." kann nicht glauben, daß der General-Superintendent solchen Liberalismus gesprochen haben kann und dringt auf authentische Nachricht über diesen Vorgang.)

Stettin, 30. Mai. Die Jahres-Versammlung der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger fand gestern unter dem Präsidium des Consuls und Reichstagsmitgliedes Meier (Bremen) im kleinen Casino-Saal in der Börse statt und waren 26 Bezirkvereine von der Ost- und Nordseeliste vertreten. Eine Interpellation verlangte Auskunft über den neuerrichteten "Pomeranischen Verein zur Rettung Schiffbrüchiger", der nicht blos für Berlin Bezirk-Verein sein will, sondern neben der bestehenden Gesellschaft selbstständig zu agieren beabsichtigt. Eine lebhafte Diskussion suchte den Standpunkt festzustellen, von welchem aus der neue Verein zu beurtheilen sei, schließlich erhielt derselbe seinen Ausdruck in einer Resolution des Hrn. Kaufmann Hafer von hier. Nach derselben soll durch Verhandlung eine Verschmelzung mit dem Verein angebahnt, event. ihm eine besondere Fürsorge für die Hinterbliebenen der verunglückten Rettungsmannschaften anempfohlen werden. — Darauf wurde der Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft im letzten Jahr vorgelegt. Nach demselben besteht der Verein aus 20,048 Mitgliedern, aus 32 Bezirkvereinen und 51 Vertreterschaften; das Vereinsnetz umfaßt die gesamte Küste von Borkum bis Memel. Die Einnahme der Gesellschaft betrug im letzten Jahre 45,727 R. Der Baron von Diergardt machte ein Geschenk von 10,000 R. 8 Rettungsstationen haben im vorigen Jahre besondere Verbesserung erhalten und für 11 Rettungsstationen sind die Gründungskosten bezahlt, unter anderem für die Rettungsstation Stützwaldermünde 572 R. Der Wert von 52 Stationen der Gesellschaft war 77,680 R. und die Höhe des aus ehemaligen Geschenken gebildeten Gründungsfonds der Gesellschaft betrug am Schluß des Jahres 22,954 R. Es folgte in der Verhandlung die Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 1869-70, sodann Erledigung einer größeren Zahl von Anträgen der Bezirksvereine, welche durch eine Vorberatung der Techniker schon eine Vorprüfung erfahren hatten. Um 6 Uhr war ein Festmahl im Casino-Saal veranstaltet. Heute Morgen fanden auf dem Kredow-Felde die Schießversuche mit Raketen sowie die Prüfung von Rettungsapparaten statt. Heute Nachmittag machen die Mitglieder eine Festsfahrt nach Gohlsw.

England. \* London, 28. Mai. In Betreff der auf einem Bahnhofe als Fenier verhafteten beiden Individuen Wilson und David soll es jetzt der Polizei gelingen sein, sehr belastende Momente aufzufinden. Alle die Waffensendungen, deren Beschaffung in letzter Zeit gemeldet wurde, scheinen von den beiden Angeklagten herzurühren. Die Polizei hatte übrigens Nachricht von allen diesen Abschüttungen und confiszierte sie am Bestimmungsort. — In einem Eisenwerke von Kidsgrove in Staffordshire hat eine Dampfessel-Explosion stattgefunden, welche drei Personen auf dem Flecke tödete. Seither sind vier an den erhaltenen Be-

schädigungen verschieden und zehn Andere liegen noch in bedenklichem Zustande darunter.

Frankreich. \* Paris, 28. Mai. Gambetta zeigt sich mehr und mehr als ein durch und durch politischer Kopf, als ein wirklich staatsmännisches Talent; er ist der eigentliche geistige Leiter der parlamentarischen Republikaner. Von hoher Bedeutung ist die Rede, welche er vorgestern in Belleville unter begeistertem Beifall seiner Zuhörer hielt; sie ist als das Programm der eigentlichen Linken zu betrachten, nachdem Picard und Genossen abgesunken und dem Kaiserreich gegenüber eine vermittelnde Stellung angenommen haben. Gambetta warnte vor jeder Gewaltthätigkeit, da Alles durch das allgemeine Stimmrecht erzielt werden müsse und erklärte sich mit aller Energie gegen Aufstandsvorläufe. „Ihr müßt beweisen, daß Ihr nicht die Partei der Verschwörungen seid, da Ihr Euch gegen den Mann erklärt, dessen Glück durch die Verschwörungen begründet worden ist.“ — Nach der "Liberté" sind im Gefängnis von St. Pélagie (wo die wegen politischer Vergehen Verurteilten inhaftiert sind) die Blätter ausgebrochen. — Der Gerichtshof in Meudon hat die Klage der Staatsanwaltschaft gegen den „Mosler Comte“ wegen Publizierung der Boulogner Proklamation Louis Napoleons zurückgewiesen.

Italien. Rom. Am 2. Mai empfing der Papst eine Versammlung von mehr als 100 katholischen Laien, welche ihm eine Vertrauens- und Zustimmungsadresse überreichten. Der Papst antwortete u. a.: „Ich weiß, wie unwürdig ich bin, das Amt des Stadthalter Christi auszufüllen. Dennoch weiß ich, daß ich in der eingeschlagenen Bahn von Gott unterstützt bin; weil ich fühle, daß sie die richtige Bahn ist und der Widerstand, den wir jetzt gewahren, nicht sinnlos wird. Ich werde beschuldigt kriegen zu führen gegeben die moderne Gesellschaft, was nicht wahr ist. Die Maximen der modernen Civilisation sind mit gewissen Ausnahmen falsch. Der Falschheit legen wir die Wahrheit entgegen. Christus ist die Wahrheit. Und es ist die Pflicht aller Christen in allen Lebenslagen die Wahrheiten die Christus gelehrt hat, aufrecht zu halten. Darin muss jeder von Euch die Richtschnur für seine Handlungen in Euren verschiedenen Ländern sehen. Wenn es uns mit allen unsern Anstrengungen nicht gelingt, die moderne Gesellschaft vor der Selbsterstörung zu retten, so werden wir die Katastrophe beklagen; aber wir werden uns wenigstens bewußt sein, alles zu ihrer Abwendung getan zu haben was in unseren Kräften stand.“ — Diese Antwort gibt klar genug zu erkennen, daß der Papst nicht gewillt ist, von der Unfehlbarkeitsklärung Abstand zu nehmen; denn er „fühlt“ ja, daß die eingeschlagene Bahn die richtige ist.

Danzig, 1. Juni.

\* [Stadtverordneten-Sitzung am 31. Mai.] Vorsitzender Hr. Commerzienrath Bischoff, der Magistrat ist durch die Hh. Bürgermeister Dr. Linz und die Stadträte Hirsch und Damme vertreten. Vor der Tagesordnung wird auf den dringlichen Antrag des Magistrats genehmigt, daß der Abbruch der Grundstücke Langgarten 18 und 19 den Hh. J. & A. Aird für den Preis von 500 R. übertragen und denselben gestaltet werden, für die Dauer der Canalisationsarbeiten den freien Platz zur Lagerung von Materialien zu benutzen. — Den Hh. M. A. Hesse, Statimiller und Carl wird je ein 2monatlicher Urlaub bewilligt. — Die Gemeindemäßlerliste muß berichtigt und vom 15. bis 30. Juli ausgelegt werden. Es sollen daher Formulare gedruckt werden, die auch dienten Materialien enthalten, die zur Aufstellung der Listen für die Abgeordnetenwahlen zum Landtag und zum Reichstag erforderlich sind. Für den Druck dieser Formulare, Remuneration der Hilfsarbeiter, für den Erlös der Bekanntmachungen und die sonstigen Ausgaben des Wahlgeschäfts erucht daher der Magistrat, ihm die Summe von 1200 Thaler zu bewilligen. Die Versammlung gibt ihre Genehmigung. — Der in den Stadtverordneten-Beschluß vom 16. Novr. bei Revision der Schulrechnung pro 1:67 gemachte Vorbehalt rücklich der Wiedereinziehung des dem Lehrer Meynas pro IV. Quartal 1867 mit 2 R. 20 Pf. gezahlten Gehalts wird zurückgenommen, da nach den vom Magistrat angestellten Recherchen Hr. Meynas die Heizung der Damme vertreten. Vor der Tagesordnung wird auf den dringlichen Antrag des Magistrats genehmigt, daß der Abbruch der Grundstücke Langgarten 18 und 19 den Hh. J. & A. Aird für den Preis von 500 R. übertragen und denselben gestaltet werden, für die Dauer der Canalisationsarbeiten den freien Platz zur Lagerung von Materialien zu benutzen. — Den Hh. M. A. Hesse, Statimiller und Carl wird je ein 2monatlicher Urlaub bewilligt. — Die Gemeindemäßlerliste muß berichtigt und vom 15. Juli ausgelegt werden. Es sollen daher Formulare gedruckt werden, die auch dienten Materialien enthalten, die zur Aufstellung der Listen für die Abgeordnetenwahlen zum Landtag und zum Reichstag erforderlich sind. Für den Druck dieser Formulare, Remuneration der Hilfsarbeiter, für den Erlös der Bekanntmachungen und die sonstigen Ausgaben des Wahlgeschäfts erucht daher der Magistrat, ihm die Summe von 1200 Thaler zu bewilligen. Die Versammlung gibt ihre Genehmigung. — Der in den Stadtverordneten-Beschluß vom 16. Novr. bei Revision der Schulrechnung pro 1:67 gemachte Vorbehalt rücklich der Wiedereinziehung des dem Lehrer Meynas pro IV. Quartal 1867 mit 2 R. 20 Pf. gezahlten Gehalts wird zurückgenommen, da nach den vom Magistrat angestellten Recherchen Hr. Meynas die Heizung der Damme vertreten. Vor der Tagesordnung wird auf den dringlichen Antrag des Magistrats genehmigt, daß der Abbruch der Grundstücke Langgarten 18 und 19 den Hh. J. & A. Aird für den Preis von 500 R. übertragen und denselben gestaltet werden, für die Dauer der Canalisationsarbeiten den freien Platz zur Lagerung von Materialien zu benutzen. — Den Hh. M. A. Hesse, Statimiller und Carl wird je ein 2monatlicher Urlaub bewilligt. — Die Gemeindemäßlerliste muß berichtigt und vom 15. Juli ausgelegt werden. Es sollen daher Formulare gedruckt werden, die auch dienten Materialien enthalten, die zur Aufstellung der Listen für die Abgeordnetenwahlen zum Landtag und zum Reichstag erforderlich sind. Für den Druck dieser Formulare, Remuneration der Hilfsarbeiter, für den Erlös der Bekanntmachungen und die sonstigen Ausgaben des Wahlgeschäfts erucht daher der Magistrat, ihm die Summe von 1200 Thaler zu bewilligen. Die Versammlung gibt ihre Genehmigung. — Der in den Stadtverordneten-Beschluß vom 16. Novr. bei Revision der Schulrechnung pro 1:67 gemachte Vorbehalt rücklich der Wiedereinziehung des dem Lehrer Meynas pro IV. Quartal 1867 mit 2 R. 20 Pf. gezahlten Gehalts wird zurückgenommen, da nach den vom Magistrat angestellten Recherchen Hr. Meynas die Heizung der Damme vertreten. Vor der Tagesordnung wird auf den dringlichen Antrag des Magistrats genehmigt, daß der Abbruch der Grundstücke Langgarten 18 und 19 den Hh. J. & A. Aird für den Preis von 500 R. übertragen und denselben gestaltet werden, für die Dauer der Canalisationsarbeiten den freien Platz zur Lagerung von Materialien zu benutzen. — Den Hh. M. A. Hesse, Statimiller und Carl wird je ein 2monatlicher Urlaub bewilligt. — Die Gemeindemäßlerliste muß berichtigt und vom 15. Juli ausgelegt werden. Es sollen daher Formulare gedruckt werden, die auch dienten Materialien enthalten, die zur Aufstellung der Listen für die Abgeordnetenwahlen zum Landtag und zum Reichstag erforderlich sind. Für den Druck dieser Formulare, Remuneration der Hilfsarbeiter, für den Erlös der Bekanntmachungen und die sonstigen Ausgaben des Wahlgeschäfts erucht daher der Magistrat, ihm die Summe von 1200 Thaler zu bewilligen. Die Versammlung gibt ihre Genehmigung. — Der in den Stadtverordneten-Beschluß vom 16. Novr. bei Revision der Schulrechnung pro 1:67 gemachte Vorbehalt rücklich der Wiedereinziehung des dem Lehrer Meynas pro IV. Quartal 1867 mit 2 R. 20 Pf. gezahlten Gehalts wird zurückgenommen, da nach den vom Magistrat angestellten Recherchen Hr. Meynas die Heizung der Damme vertreten. Vor der Tagesordnung wird auf den dringlichen Antrag des Magistrats genehmigt, daß der Abbruch der Grundstücke Langgarten 18 und 19 den Hh. J. & A. Aird für den Preis von 500 R. übertragen und denselben gestaltet werden, für die Dauer der Canalisationsarbeiten den freien Platz zur Lagerung von Materialien zu benutzen. — Den Hh. M. A. Hesse, Statimiller und Carl wird je ein 2monatlicher Urlaub bewilligt. — Die Gemeindemäßlerliste muß berichtigt und vom 15. Juli ausgelegt werden. Es sollen daher Formulare gedruckt werden, die auch dienten Materialien enthalten, die zur Aufstellung der Listen für die Abgeordnetenwahlen zum Landtag und zum Reichstag erforderlich sind. Für den Druck dieser Formulare, Remuneration der Hilfsarbeiter, für den Erlös der Bekanntmachungen und die sonstigen Ausgaben des Wahlgeschäfts erucht daher der Magistrat, ihm die Summe von 1200 Thaler zu bewilligen. Die Versammlung gibt ihre Genehmigung. — Der in den Stadtverordneten-Beschluß vom 16. Novr. bei Revision der Schulrechnung pro 1:67 gemachte Vorbehalt rücklich der Wiedereinziehung des dem Lehrer Meynas pro IV. Quartal 1867 mit 2 R. 20 Pf. gezahlten Gehalts wird zurückgenommen, da nach den vom Magistrat angestellten Recherchen Hr. Meynas die Heizung der Damme vertreten. Vor der Tagesordnung wird auf den dringlichen Antrag des Magistrats genehmigt, daß der Abbruch der Grundstücke Langgarten 18 und 19 den Hh. J. & A. Aird für den Preis von 500 R. übertragen und denselben gestaltet werden, für die Dauer der Canalisationsarbeiten den freien Platz zur Lagerung von Materialien zu benutzen. — Den Hh. M. A. Hesse, Statimiller und Carl wird je ein 2monatlicher Urlaub bewilligt. — Die Gemeindemäßlerliste muß berichtigt und vom 15. Juli ausgelegt werden. Es sollen daher Formulare gedruckt werden, die auch dienten Materialien enthalten, die zur Aufstellung der Listen für die Abgeordnetenwahlen zum Landtag und zum Reichstag erforderlich sind. Für den Druck dieser Formulare, Remuneration der Hilfsarbeiter, für den Erlös der Bekanntmachungen und die sonstigen Ausgaben des Wahlgeschäfts erucht daher der Magistrat, ihm die Summe von 1200 Thaler zu bewilligen. Die Versammlung gibt ihre Genehmigung. — Der in den Stadtverordneten-Beschluß vom 16. Novr. bei Revision der Schulrechnung pro 1:67 gemachte Vorbehalt rücklich der Wiedereinziehung des dem Lehrer Meynas pro IV. Quartal 1867 mit 2 R. 20 Pf. gezahlten Gehalts wird zurückgenommen, da nach den vom Magistrat angestellten Recherchen Hr. Meynas die Heizung der Damme vertreten. Vor der Tagesordnung wird auf den dringlichen Antrag des Magistrats genehmigt, daß der Abbruch der Grundstücke Langgarten 18 und 19 den Hh. J. & A. Aird für den Preis von 500 R. übertragen und denselben gestaltet werden, für die Dauer der Canalisationsarbeiten den freien Platz zur Lagerung von Materialien zu benutzen. — Den Hh. M. A. Hesse, Statimiller und Carl wird je ein 2monatlicher Urlaub bewilligt. — Die Gemeindemäßlerliste muß berichtigt und vom 15. Juli ausgelegt werden. Es sollen daher Formulare gedruckt werden, die auch dienten Materialien enthalten, die zur Aufstellung der Listen für die Abgeordnetenwahlen zum Landtag und zum Reichstag erforderlich sind. Für den Druck dieser Formulare, Remuneration der Hilfsarbeiter, für den Erlös der Bekanntmachungen und die sonstigen Ausgaben des Wahlgeschäfts erucht daher der Magistrat, ihm die Summe von 1200 Thaler zu bewilligen. Die Versammlung gibt ihre Genehmigung. — Der in den Stadtverordneten-Beschluß vom 16. Novr. bei Revision

zum Fischmarkt (429 Fuß), 4) die östliche Seite des inneren Fischmarktes (459 Fuß), 5) die wasserseitige Uferpassage hinter der Petersiliengasse, zweite Bahn (119 Fuß), 6) die östliche Seite des Schüffeldamms, soweit sie von Vorbauteien frei (393 Fuß), zusammen 1970 Fuß. Magistrat glaubt, die tourmäßigen Strecken nicht weiter als vorbezeichnet ausdehnen zu dürfen, da an für das vorige Jahr festgesetzten Touren noch 515 laufende Fuß auszuführen sind, und eine große Anzahl von Anträgen auf Erweiterung von einzelnen Grundstücken auch in diesem Jahre zu erwarten ist. Der vorgeschlagene Plan wird genehmigt. — Zur Anlage eines Grundbrunnens in Schiditz waren durch den Statut v. 1869 500 R. bewilligt. Es war damals angenommen worden, daß in jener Gegend sich bei einer Tiefe von 30 Fuß Wasser in genügender Menge finde und daher ein Brunnen von solcher Tiefe genügen würde. Die angestellten Bohrungen haben jedoch erst in einer Tiefe von 71 Fuß unter Tag Wasser ergeben, so daß, wenn der Brunnen nicht zugeschüttet und daraus verwendeten Kosten nicht verloren gegeben werden sollen, derselbe bis auf diese Tiefe abgeteuft werden muß. Die Kosten werden hierdurch, einschließlich der Belebung des Grund und Bodens für die Brunnenanlage, um 580 R. erhöht und erfordert daher Magistrat um Bewilligung dieser Mehrkosten zur Fertigstellung des Brunnens. Die verlangte Summe wird von der Verammung in Anbetracht der Nothwendigkeit eines Brunnens an der qu. Stelle und der bereits verausgabten Gelder bewilligt. — Nach der neuen Maß- und Gewichtsordnung ist der Gebrauch des Metermaßes vom 1. Januar 1872 an geboten, vom 1. Januar d. J. an gestattet. Das Curatorium der Gasanstalt beabsichtigt deshalb, allmählig mit Umarbeitung der Gasmesser nach dem Metermaß vorzugehen; auch sind schon Anträge an dasselbe wegen Aufstellung solcher Gasmesser gerichtet worden. Bevor Gasmesser nach Metermaß in Gebrauch genommen werden, ist es aber erforderlich, auch den Gaspreis nach Metermaß zu bestimmen. Der gegenwärtige Preis ist 1 R. 25 Gr. für 1000 Cubitmeter Kleinisch. Hier nach berechnet, würde ein Cubitmeter kosten 1 R. 27 Gr. 988 A. 10,828 A. Das Curatorium der Gasanstalt empfiehlt den Preis zu normiren: für 100 Cubitmeter auf 6 R., für 10 Cubitmeter auf 18 Gr. für 1 Cubitmeter auf 1 R. 96 A. Magistrat ist mit diesem Vorschlag einverstanden und beantragt, die Verammung wolle ebenfalls ihre Zustimmung hierzu geben. Dr. Gronau verlangt, daß wenn eine Abrundung des Preises in Folge der Abänderung des Maßes erfolgen sollte, diese Abrundung nicht nach oben hin, sondern nach unten stattfinde. Eine Erhöhung des Gaspreises in jüngerer Zeit wäre ungerechtfertigt, wenn die Erhöhung auch nur wenige Groschen betrage. Gleiches Ansicht ist auch Dr. Biber; der Gaspreis sei gegen die billigen Kostenpreise hier entschieden zu hoch. Dr. Bischoff bemerkt, daß die Erhöhung 7 A pro 1000 Cubitmeter betrage. Dr. Linz erklärt, daß zu einer Herabsetzung des Gaspreises gegenwärtig keine Veranlassung sei. Das Gas sei weder in Berlin, noch in Stettin, wie angeführt, noch anderswo billiger. Die Herabsetzung des Preises von 2 R. auf 1 R. 25 Gr. habe einen Ausfall von ca. 5000 R. in den Einnahmen zur Folge gebracht. Dr. Gronau beantragt, für 100 Cubitmeter 5 R. 27 Gr. festzulegen (also den Pfennigsbruchtheil fortfallen zu lassen); dann sei es wenigstens keine Erhöhung. Bei der Abstimmung über den Antrag des Magistrats, den Preis v. 100 Cubitmeter Gas auf 6 R. (und so verhältnismäßig pro 10 und 1 Cubitmeter) festzustellen wird dieser Antrag abgelehnt; ebenso wird aber auch der Antrag des Dr. Gronau, den Gaspreis auf 5 R. 27 Gr. u. s. m. zu stellen abgelehnt; es bleibt also vorläufig bei der jetzigen Berechnungsweise.

Magistrat sieht mit, daß er das mit den Stadtverordneten vereinbarte Statut für Canalisation und Wasserleitung der kgl. Regierung zur Bestätigung vorgelegt, diese Bestätigung aber nicht erhalten habe. Außer den Änderungen, welche die kgl. Regierung in einigen unwesentlichen Punkten verlangt, hat sie auch die Bestimmung beanstandet, wonach die Zahlungen, welche die Hausbesitzer auf die von ihnen entnommenen Vorrichtungen zu den Hauseinrichtungen zu leisten haben würden, im Wege der Administratio Execution eingezogen werden dürfen (§ 22). Magistrat hat versucht, eine Änderung der Regierungsverfügung in den höheren Instanzen zu erreichen, ist aber sowohl von dem hrn. Oberpräsidenten wie vom hrn. Minister des Janern abschlägig bezeichnet worden. Magistrat glaubt unter diesen Umständen von den Bestimmungen des Statuts über die Gewährung von Vorstüßen (§§ 20—22) ganz absehen zu müssen und behält sich vor, nach Abschluß der eingeleiteten Berathungen der Stadtv. Versammlung Vorschläge zu machen, in welcher andern Form und unter welchen Bedingungen die Hausbesitzer bei Ausführung der Hauseinrichtungen unterstützt werden können. Die Änderungen, welche die kgl. Regierung sonst noch verlangt hatte, sind folgende: 1) Es soll ein Zusatzparagraph aufgenommen werden, folgenden Inhalts: „Die Rechte und Pflichten der kgl. Behörden und insbesondere der kgl. Polizei-Direction werden durch dieses Statut nicht berührt.“ Magistrat hält dies für selbstverständlich und unbedenklich. Die Versammlung ist gleicher Ansicht. 2) Im Eingange sollen die Worte „innerhalb des Festungswerke“ wegfallen. Magistrat hält das Monum. für wichtig, weil die Wasserleitung auch durch die Vorstadt Stadtgebiet und Wisschland durchgeführt ist. 3) Das Alinea 4 im § 8: „Alle Änderungen, welche der Magistrat während der Ausführung oder nach Vollendung der Arbeiten vorschreibt, auch wenn damit eine Änderung der ursprünglich vom Magistrat genehmigten Anlage verbunden ist, ist der Grundstücksbesitzer auf seine Kosten auszuführen verbunden“, soll fortfallen. Magistrat hält dies für ungänglich, weil der Zweck der Bestimmung, die Änderung unzweckmäßiger Anlagen, auch durch den § 11 gesichert ist. Die Versammlung ist nach einigen von hrn. Dr. Linz gegebenen Erläuterungen auch hiermit einverstanden. 4) Endlich soll in § 19, der von der Einziehung der Kosten für Anlagen und Änderungen derselben spricht, die Bezugnahme auf § 8 fortfallen. Alles dies hält Magistrat für selbsterklärend und beantragt, zu die von der königl. Regierung verlangten Änderungen des Statuts die Zustimmung zu geben. Dies geschieht Se:tens der Versammlung. Magistrat knüpft daran aber den ferneren Antrag, in einer Änderung des Alinea 1 des § 8 zu willigen. Nach der jetzigen Fassung soll der Ausbezahler vor der Ausführung der häuslichen Anlagen die Beschreibung oder Zeichnung des Projects vorlegen. Magistrat hatte ursprünglich beantragt, zu sagen: Beschreibung und Zeichnung und die bisherigen Erfahrungen haben bewiesen, daß eine Zeichnung nicht zu entbehren ist. Ohne eine solche Dokumentation der revidierenden Techniker weder eine zuverlässige Ansichtnahme von den beabsichtigten Anlagen, noch sei er im Stande, die von ihm verlangten Änderungen mit genügender Zuverlässigkeit anzugeben. Es seien sogar zwei Exemplare der Zeichnung nötig, damit, wenn der revidierende Techniker Änderungen des Projekts verlangt und in die Zeichnung eintrage, ein Exemplar dem Hausbesitzer oder Unternehmer ausgehändigt werden könne, das andere aber als Beleg für die genehmigte Anlage und zur Kontrolle bei den Akten bleibe. Magistrat schlägt vor, den Gang des § 8 so zu fassen: „Der Grundstücksbesitzer kann die Ausführung der häuslichen Anlagen (§ 7) übertragen, wenn er will. Er muß vor dem Beginn der Ausführung die Beschreibung und Zeichnung der beabsichtigten Anlagen und zwar die Zeichnung in 2 Exemplaren, dem Magistrat vorlegen und dessen Genehmigung einholen. Dr. Gronau rechnet aus, daß wenn den Hausbesitzern die Pflicht verliegt werde, eine oder zwei Zeichnungen einzureichen, dies einer Besteuerung von 60—70,000 R. gleich komme. Unter Zeichnung verstehe er eine ausführliche Arbeit, nicht bloß eine mangelschäfe Skizze, aus der Niemand etwas entnehmen könnte. Von hrn. Dr. Linz wird nachgewiesen, daß die von hrn. Gronau für Zeichnungen berechnete Summe nicht nur über alle Maßen zu hoch gegriffen sei, sondern daß sogar die Zeichnungen von den concurrenden Unternehmern der Einrichtungen gänzlich kostenfrei gefertigt würden. Die h.h. Steffens, Biber und Schottler

bestätigen, daß die Zeichnungen gratis geliefert werden. Dr. Breitenbach ist für Einsichtserlaubnis von Zeichnungen hauptsächlich im Interesse des Besitzers selbst, um denselben nicht nur vor Läufungen zu bewahren, sondern um ihm auch ein Mittel zu verschaffen, über das System der Einrichtung in seinem Hause genaue Kenntnis für die Zukunft zu erhalten. Dr. Stadtrath Damme weist durch Verleihung mehrerer beim Magistrat eingegangener Anträge nach, wie höchst mangelhaft oft die „Beschreibung“ der projektierten Anlagen und wie höchst nothwendig die Vorlage einer Zeichnung ist, um sowohl für die Verwaltungsbehörde, wie für den Techniker einen genügenden Anhalt zu gewähren, sich über das Projekt zu informieren und die sachgemäße Ausführung zu überwachen. Dr. Miscke erblickt in dem Verlangen des Magistrats eine Bevormundung. Der Hausschäfner werde sich bei Ausführung der Einrichtungen für Canalisation und Wasserleitung am allerbesten selbst zu schützen wissen. Nachdem der Magistrat die Instruction publiziert habe, wie gebaut werden müsse, werde Jedermann wissen, was er zu thun habe und werde es auch thun. Er vertheidigt sich gegen jede Verkränkung der persönlichen Freiheit. Dr. Damme erwidert, daß der Magistrat keine Bevormundung beabsichtige, daß es aber wohl die Pflicht desselben sei, das allgemeine Interesse nach allen Seiten hin zu wahren. Bei der Abstimmung wird der Magistrats-Antrag, also die Einsichtserlaubnis von 2 Zeichnungen angenommen. Magistrat macht in Anbetracht, daß in § 17, in welchem die Frist für die Erklärung der Grundbesitzer, die vergleichsweise auf den Betrag alter Wassergerichtsleitungen verzichten wollen, auf den 1. April 1870 festgesetzt ist, verändert werden müsse, den Vorschlag, diese Frist bis zum 1. Januar 1871 zu verlängern. Dr. Miscke wünscht diese Frist so weit hinauszuschieben, bis ein volles Jahr seit der Inbetriebsetzung beider Anlagen verlossen ist. Er hofft dadurch manchen der jetzt noch widerstreitenden Wasserrechtsbesitzer für den Anschluß und für gütlichen Vergleich zu gewinnen. Herr Steffens will den Termin bis zum 1. April 1871 verschieben. Dr. Biber ist auch für letzteren Vorschlag. Gar zu weit den Termin zu verschieben, wäre nicht zu empfehlen, da der Magistrat rechtzeitig klare Lieferfristen haben müsse. Auf die Anfrage, wann die Arbeiten fertig würden, theilt Dr. Dr. Linz mit, daß Dr. Aird, wie der Magistrat dies in einer besonderen Vorlage noch weiter ausführen werde, bitte den Termin für die Inbetriebsetzung der Canalisation bis zum 4. Februar 1871 hinauszugeben. Dr. Aird habe sich aber erboten, die Wasserleitung auch in den Straßen, in denen die Canalisation in diesem Jahre noch nicht eingeführt werden könnte, schon in der nächsten Zeit herzustellen, so daß also die Wasserleitung in diesem Jahre vollständig eingeführt sein wird. Dr. Miscke stellt hierauf den Antrag, den Termin zur Abgabe der von den Wasserrechtsbesitzern verlangten Erklärung auf den 1. Januar 1872 festzustellen; die Versammlung erhebt diesen Antrag zum Beschuß.

Als Beihilfe zum Abbruch der Treppe vor dem Hause der Kleinkinder-Bewahranstalt Poggendorf 61/62 und für Legung freien Trottoirs darf selbst werden 93 R. 19 Gr. bewilligt; ebenso dem Regierungsselbstär Haegemann für Beseitigung des Beischlags und der Treppe vor dem Grundstück Tobiasgasse 15 10 R. 18 Gr.; ebenso dem Handfuhmacher Hennig für Beseitigung des Beischlags und der Treppe Heiligegeistgasse 120 haat 30 R. und für freies Treppen 15 R. 27 Gr. Für das diesjährige Johannisfest werden 275 R. bewilligt und zu Mitgliedern der Feuerwehr erlaubt die h.h. Prezell, Hybner, Beyer, Kämmerer, Steffens und v. Kampen.

Ter in der Stadtverordneten-Sitzung vom 26. April c. zur Prüfung der Defekte des Einsammlers Lüchel ernannte Ausschuss erstattet über diese Angelegenheit durch seinen Referenten, Herrn Bankdirektor Schottler, folgenden Bericht: Die Summe des Defectes mit 1384 R. 3 Gr. 4 A. ist dadurch festgestellt worden, daß diejenigen Quittungen, welche nach den von den Kassenbuchhaltern geführten Notizen dem Lüchel übergeben, aber nicht verrechnet waren, von den Censitoren durch Magistratsboten zum Theil abgeholt und an den Magistrat eingeliefert und zum Theil wenigstens eingesehen worden sind. Nach einer eingehenden Erörterung der Frage, ob gegen diejenigen Kassenbeamten, welche nach den Untersuchungssachen die Abrechnung mit den Censitoren wiederholt unterlassen haben, der Ersatzanspruch auf dem Rechtswege geltend gemacht werden soll, entschied sich die Majorität des Ausschusses für die Ansicht des Magistrats und des h.h. Justizrath Breitenbach. Wiewohl von keinem der Ausschuhmitglieder verkannt wurde, daß in der bewiesenen Lässigkeit der Controle der Einsammler durch die Kassenbuchhalter Sauerbering, Barchmin und Voepel eine grobe Verleugnung der ihnen durch die Instruction auferlegten Amtspflicht vorliege, daß ebenso der Rendant Schneider sich eine arge Verunsicherung seiner Pflicht habe zu Schulden kommen lassen, indem er weder die Buchhalter ernstlich an die Erfüllung ihrer Obliegenheiten mahnte, noch rechtzeitig das Ausbleiben und somit das Verbrechen des Lüchel constatirte, so meinte man doch in der Majorität, daß der Causalnexus dieser Unterlassungen mit dem von dem Lüchel der Gemeindeklasse zugefügten Schaden kaum nachzuweisen sein dürfe. Dagegen ist der Ausschuss der Meinung, daß wenn auch der Erfolg der Klage aus dem Regrebsanspruch der Commune an die Beamten fraglich ist, die Angelegenheit damit nicht als erledigt gelten darf, daß es vielmehr menschenwürdig ist, die Schuld der Beamten durch eine Disciplinar-Untersuchung zu sühnen, und daß die Disciplinarwelt des Magistrats-Direktors nur bis zur Verfügung von 3 R. Ordnungsstrafe geht, das Verfahren durch die kgl. Regierung bewirken zu lassen. Der Ausschuss empfiehlt daher der Versammlung: „Den Magistrat um Veranlassung der Disciplinar-Untersuchung gegen die oben genannten Beamten durch die Königl. Regierung zu ersuchen. — Was die Thätigkeit des h.h. Kämmerers Strauß in dieser Angelegenheit betrifft, so wurde von allen Anwesenden bedauert, daß Dr. Strauß sein Vertrauen an einen so Unwürdigen verschwendet habe; doch wurde in seinem Verfahren, den Lüchel nur 300 R. statt 500 R. Caution bestellter zu lassen, eine unzweckmäßige Verleugnung der Communal-Interessen erkannt, da das Deficit bei richtigem Verfahren offenbar um 200 R. geringer sein würde. Nach dem mehrfach vorgetragenen Maßnahmen wäre es um so mehr Pflicht gewesen, genau auf Innehaltung der ergangenen Befehlsschriften zu halten, und kann der Ausschuss daher nicht empfehlen, von dem Regrebs gegen Dr. Strauß Abstand zu nehmen. Der Ausschuss erkennt, daß es im Interesse einer geordneten Kassenverwaltung liegt, zum Soll stehende Reste möglichst bald aus den Büchern zu schaffen, und da er die civilrechtliche Verfolgung des Regrebs gegen die Beamten Sauerbering, Barchmin, Voepel und den Rendanten Schneider nicht beantragen kann, so schlägt er der Versammlung vor: „die Abfassung von 852 R. 23 Gr. 4 A. zu genehmigen, jedoch für alle Fälle aufzurüsten, daß den civilrechtlichen Ansprüchen an die h.h. Schneider, Sauerbering, Barchmin und Voepel damit in keiner Weise präjudiziert werden soll.“ — Bei der Diskussion des vorliegenden Falles kam auch die für die Stadt-Hauptklasse in Kraft befindliche Instruction zur Sprache und wurde anerkannt, daß dieselbe den Anforderungen nicht entspräche. Die in der Ausschusssitzung anwesenden Magistratsmitglieder theilten dem Ausschusse mit, daß diefelbe bereits einer Revision unterworfen und der Vertrag zur Begutachtung vorgelegt werden würde. Dr. Thiel ist der Meinung, daß es besser wäre, diese Angelegenheit nicht an die Regierung zu bringen, sondern sie innerhalb der städtischen Behörden zu erledigen. Es sei genug, wenn der Magistrat die Pflichtverlegung der Beamten tue. Dr. Dr. Linz kann das Gefühl des h.h. Thiel nicht für ungerechtfertigt halten. Der Magistrat habe das Verfahren der betreffenden Kassenbeamten als eine grobe Pflichtverlegung bereits in dem Defectenbeschluß scharf getadelt. Eine Ordnungsstrafe von 3 R. die der Oberbürgermeister verhängen könne, würde eine der Pflichtverlegung nicht entsprechende Strafe sein. Mehr zu thun, stehe ihm gesetzlich nicht zu. Dr. Miscke ist ebenfalls nicht für den Antrag an

die Regierung. Er würde sich lieber für eine Civilfalle gegen die Beamten entscheiden, es wäre immer noch möglich einen günstigen Erfolg zu erzielen. Die Frage des h.h. Miscke, ob auf das Vermögen der Frau des Lüchel Beifall gelegt sei, wird von h.h. Dr. Linz dahin beantwortet, daß dieselbe kein Vermögen besitzt. — Herr Bankdirektor Schottler ersucht die Vorredner, den Antrag wegen der Disciplinaruntersuchung nicht in einem falschen Blicke zu sehen. Es handelt sich hier nicht um einen Conflict innerhalb der städtischen Behörden, die die Regierung schlichten sollte, sondern es handelt sich darum, im Interesse der Disciplin und des Dienstes gegen städtische Beamte vorzugehen, gegen die der Magistrat eine ausgedehnte Strafemaß nicht habe. — Herr Rompeltin beantragt Civilfalle gegen die Kassenbeamten. Man sei den Steuerzahldern gegenüber dazu verpflichtet, den Versuch zu machen, ob durch den Prozeß die verlorene Summe nicht wiederzuerlangen. Die h.h. Steffens und Justizrath Breitenbach empfehlen die Anträge der Commission und sind gegen Ausstellung der Civilfalle, da es unzweckmäßig sei, daß der Nachweis vor Gericht nicht zu führen sein werde, daß der Schaden in Folge der Nachlässigkeit und Zuwiderhandlung gegen die Instruction entstanden sei. Es bleibe hier kein anderer Ausweg, als das Disciplinarverfahren. Dr. Rompeltin hebt hervor, daß eigentlich der Magistrat für den Schaden verantwortlich sei. Derselbe habe bei einem früheren Defect ausdrücklich erklärt, er werde möglichst darüber wachen, daß ähnliche Defekte fernerhin nicht vorkommen. Dr. Justizrath Breitenbach erwidert, den Magistrat als solchen könne man nicht verantwortlich machen, sondern h.h. Rompeltin müsse einzelne Personen des Magistrats bezeichnen, die verantwortlich gemacht werden können. Schließlich befürwortet h.h. Breitenbach den Antrag, h.h. Stadtrath Strauß bis oben erwähnten 200 R. bedenken zu lassen. Er bedauert dies um so mehr, als Dr. Strauß sehr human gegen Lüchel gehandelt habe. Aber im Interesse des h.h. Strauß müsse man den Antrag annehmen, da es sich um Gelder handle, welche der Bürgerschaft gehören. Dr. Linz hebt hervor, daß Dr. Strauß von vorne herein schriftlich und mündlich wiederholt sich bereit erklärt habe, die 200 R. zu zahlen. Die Versammlung erhebt beide Anträge der Commission mit großer Majorität zum Beschuß.

\* Königsberg, 31. Mai. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde Dr. Baumeister Leiter aus Danzig mit 60 St. zum Stadtrath gewählt. Der Gegenkandidat erhielt 25 St.

— Robert Trost, Professor der Kupferstecherkunst an der hiesigen Akademie und Ehrenprofessor der Accademia di belle arti in Turin, ist vom Königliche Victor Emanuel in Anerkennung seiner ausgezeichneten Arbeiten, besonders der lebhaft veröfentlichten „Madonna“ nach G. Reni, zum Ritter des italienischen Kronen-Ordens ernannt worden.

(Ostpr. 3.)

### Vermögensfeste.

\* Zur Illustration der Lotterie erlösen, welche in dieser Zeit des leichten Erwerbes nur zu viele Liebhaber finden, stellt die „Stadtsh. 3.“ aus dem Plan der von dem Grafen Goltz, Dr. Strousberg und ähnlichen Geld- und Sportliebhabern zum sogenannten Berliner Pferdemarkt auf den 24. Juni d. J. arrangierten Verlosung von Pferden und Equipagen, zu welcher die Löse a 1 R. verlaufen, folgende Berechnung an. Es werden mindestens 60,000 Löse a 1 R. verlaufen. Dafür können Gewinne im angeblichen Werthe von 44,300 R. gezogen werden, ergibt also schon ein Profit von 15,700 R. Dieser Gewinn kann sich aber noch erheblich steigern, da die Zahl der Löse über 60,000 hinaus unbegrenzt sein soll, während der Werth der Gewinne unverändert in Höhe von 44,300 R. stehen bleibt. Unter den Prämiens figurieren in erster Reihe allerdings zwei Pferde von 1200 event. 1500 R., es finden sich aber unter den in Summa 3000 Gewinnen nicht weniger als 500 Peitschen und 2268 „kleinere“ Gewinne (also wohl Stückchen Seife, Pomade &c.) Wer Lust hat versuche sein Glück. Die Zukunft hemt hierzu: Die unter Protection des Grafen Bismarck arrangierte Altonaer Ausstellung hat, wenn wir nicht irren, die Glückspiele in diesem unverhältnismäßig linsange zuerst eingeführt, ihr eifert jetzt die Kasseler Ausstellung nach. Die 100,000 Löse a 1 R., welche dort ausgegeben werden sollen, sind angeblich für 75,000 R. an einen Frankfurter Obercollegier überlassen, und wenn der Betrieb der Rose bereits 25 % der Summe vorweg für sich beansprucht, so läßt sich leicht ersehen, wieviel nach Abzug sonstiger Umlosten und Risicos an reellen Gewinnchancen für den Spieler übrig bleibt.)

— Aus dem Leben Villemains werden noch fort und fort kleine Charakterfälle erzählt. Baudelaire war kaum dreißig Jahre alt, als er sich bei Villemain vorstellte. Dieser empfing ihn in der bekannten herben Weise, welche den Sekretär der Akademie kennzeichnete. — „Was haben Sie geleistet, um als Akademiker aufgenommen zu werden?“ — „Ich habe Edgar Poe überzeugt.“ — „Das lenkt mich nicht. Und dann?“ — „Ich habe Kunstkritik getrieben.“ — „Halten Sie das für genügend, Akademiker zu werden?“ — „Weiter haben Sie keine Titel?“ — „Doch, mein Herr!“ — „Welche?“ — „Ich habe Rheumatismen.“ — „Das ist etwas“, sagt Villemain, „damit kann Ihnen vielleicht geholfen werden.“

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 31. Mai. Aufgegeben 2 Uhr 26 Min. Nachm.

Angekommen in Danzig 6 Uhr — Min. Abends.

Letzen Mai . . .	67 1/2	68	Letzter Gr.
Roggen matter,		3 1/2 % ostpr. Pfandb.	78 1/2 / 77 1/2
Kulturlungsrente	50 1/2	3 1/2 % westpr. do.	75 1/2 / 74 1/2
Mai	50	50 1/2	81 1/2 / 81 1/2
Juni-Juli . . .	50	50 1/2	107 / 107 1/2
Sept.-Oct. . . .	52 1/2	52 1/2	Dest. 1860er Löse 80 80
Nov., Mai . . .	14 1/2	14 1/2	Rumänische 7 1/2 % Eisenbahn-Obl. 71 71 1/2
Spiritus ruhig.			Oester. Banknoten 82 1/2 / 82 1/2
Mai . . .	16	16 1/2	Auss. Banknoten .

Angekommen von Danzig: In Drontheim, 17. Mai: Latina, Mittelchen; — Rayah, Blähn; — Maren, Christensen; — in Amsterdam, 25. Mai: Stad Enschde, Veldhuis; — in Gent, 27. Mai: Anton, Bankow; — in Harlingen, 24. Mai: Johannes, Kaufer; — in Helvoet, 25. Mai: Hans, Heiden; — Elise, Brabhering; — 26. Mai: Gertruida Speelmann, Lever; — Dorette, Hauer; — 27. Mai: Deus Regis, Petersen; — Stradella, Gahs; — Henry Boltow (SD), Smith; — in Texel, 26. Mai: Annette, Wächter; — Bürgermeister v. Seiten, Hoestra; — in Berwick, 27. Mai: Heinrich Georg, Schulz; — in Gravesend, 27. Mai: Brünnow, Bagels; — Hannah; — Georg, Vanbelow; — 28. Mai: Der Turner, Keele; — Nestor; — in Wallas, Ebens; — in Grimsby, 27. Mai: Berlin, Lubbe; — in West-Hartlepool, 26. Mai: Friedrich, Peters; — 27. Mai: Suez, Befred; — in Hull, 26. Mai: Hohenzollern, Kräft; — in Lowestoft, 25. Mai: Perle, Pahlow; — in London, 26. Mai: St. Johannes, Pavist; — Wynard, Tate; — Germania, Schröder; — Nordsee, Dähnert; — 27. Mai: Atlantic, Radsen; — Good Hope, Daniel; — Hanna, Blad.

Laut Brief ist die Danziger Bark "Verein", Capt. Aprec, am 14. d. glücklich in New-York angelommen.

**Fahrpläne** (in Blätternkartenformat) mit den heut eintretenden Änderungen auf der Neufahrwasser'schen Bahn, sind à 6 Pf. pro Exemplar in der Expedition dieser Zeitung von Mittags ab zu haben.

### Nothwendige Subhastation.

Das den Böttchermeister Herrmann Alexander und Juliane Wilhelmine geb. Hinzen-Marschall'schen Eheleuten gehörige, auf Mattheubuden hieselbst belegene, im Hypothekenbuch unter No. 16 verzeichnete Grundstück soll

am 13. Juli er,

Vormittags 10 Uhr, im Verhandlungszimmer No. 17 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 15. Juli er,

Vormittags 11 Uhr, ebendaselbst verkündet werden.

Es beträgt der Nutzenswerth, nach wel hem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 210 R.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle und Hypothekenschein können im Bureau V. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirkamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prälusion spätestens im Versteigerungs-Terme anzumelden.

Danzig, den 25. Mai 1870.

**Königl. Stadt- und Kreis-Gericht**. Der Subhastationsrichter. (903)

Bekanntmachung.

In dem Depositorio des biegsigen Kreis-Gerichts befinden sich:

- 1) das am 11. November 1813 deponirte Testament des Musketiers Johann Beder,
- 2) das am 17. Dezember ejd. deponirte Testament des Capitain d'Armes Johann Colberg,
- 3) das am 27. Dezember ejd. deponirte Testament des Kanonirs August Wieslaender,
- 4) das am 1. Februar 1814 deponirte Testament des Heinrich von Ruchl.

Diejenigen, denen an der Publication dieser legitimierten Verfügungen gelegen ist, werden aufgefordert, solche nachzusuchen. (9054)

Graudenz, den 25. Mai 1870.

**Königliches Kreis-Gericht.**

Bekanntmachung.

In das Firmenregister des unterzeichneten Gerichts ist unter Nr. 104 der Apotheker Gottlob Friedrich Koenig zu Leba,

Ort der Niederlassung: Leba, Firma: G. J. Koenig, eingetragen auf die Verpfändung vom 23. Mai 1870 am 24. Mai 1870.

Lautenburg in Pomm., den 23. Mai 1870.

**Königl. Kreis-Gericht.**

I. Abtheilung.

Nachdem in dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Perck zu Gollub der Gemeinschuldner die Schließung eines Accordes beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberichtigung der Concursgläubiger, deren Forderungen bisher streitig geblieben, oder noch nicht geprüft sind, ein Termin auf den 17. Juni d. J.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar, im Terminkabinett No. 1, anberaumt worden. Die Bevölkerung, welche die erwähnten Forderungen angemeldet oder bestritten haben, werden hier von in Kenntniß gesetzt.

Strasburg, den 19. Mai 1870.

**Königl. Kreis-Gericht.**

Der Commissar des Concurses. Heine. (9079)

Bekanntmachung.

Das zum Commerien-Rath J. C. Dänischen Nachlaß gehörige, gegenwärtig hier in der Dange liegende Brigantschiff „Kallypso“, geführt vom Capitain Blinde, im Jahre 1845 neu gebaut, 222 Lasten groß, und bis zum 1. März 1870 Nassfracht zu 5/6. 2. 1. soll auf Antrag der Testamentsvollstrecker

im Termine den 7. Juni er,

Nachmittags 5 Uhr, im Bureau des Unterzeichneten an den Meistbietenden öffentlich verkauft werden.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

**Der Justiz-Math. Bock.**

Bekanntmachung.

Das Schiffsinventarium, so wie die näheren Kaufbedingungen können in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen werden. (8867)

Memel, den 23. Mai 1870.

## Bekanntmachung.



Nach langen schweren Leiden entschlief am 30. Mai, Abends 7½ Uhr, sanft zu einem besseren Leben unter innigster geliebte Gatte, Bruder, Onkel und Schwager, Paul Georg Leopold v. Bogushevski im Alter von 42 Jahren 8 Monaten an Lungenschwindsucht. Diejenigen zeigen wir an statt jeder besonderen Nekrologie. (9084) Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

### Bekanntmachung.

Das der Stadtgemeinde Danzig gehörige, im Danziger Werder bei Westerlin zwischen dem Roten Krug und Heringskrug, außerhalb des Deichseldamms (im Aukend-ich) befindliche Landstück, genannt Deichgeschworenen-Troy, welches ein Meil von circa 119 Morgen 9½ Ruten breit, soll in ungetheilter Fläche im Wege der öffentlichen Aktion an den Meistbietenden verkauft werden.

Hierzu ist ein Termin auf

Sonnabend, den 2. Juli cr.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrath Strauß im hiesigen Rathause, im Vokal der Kämmerei-Kasse, angezeigt, zu welchem wir Kaufstücks mit dem Bemerkten einladen, daß mit der Aktion selbst um 12 Uhr Nachmittags begonnen wird und daß nach Schluß derselben Nachgebote nicht mehr angenommen werden.

Die speziellen Verkaufsbedingungen liegen in unserem III. Geschäfts-Bureau zur Einsicht bereit.

Jeder Bieter hat im Termine eine Caution von 300 R. zu deponieren.

Danzig, den 26. April 1870.

### Der Magistrat.

(7829)

### Bekanntmachung.

Die Stelle des ersten Lehrers und Organisten zu Legau im Danziger Werder, deren jährliches Einkommen laut Statistik das in der betreffenden Schulordnung festgesetzte Minimum von 65 Thlr. 22 R. 10 Pf. übersteigt, ist neu zu besetzen; evangelische Lehrer, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben ihre stempelpflichtigen Meldungen, unter Beifügung von Beleidigungs- und Führungszeugnissen, binnen 14 Tagen bei uns einzureichen.

Danzig, den 27. Mai 1870.

### Der Magistrat.

(7829)

### Bekanntmachung.

Ein unentbehrliches Haus- und Wirthschaftsbuch zur Beförderung der Gesundheit, des Wohlstandes und Familienglücks.

Unter Mitwirkung mehrerer erfahrener Fach-

männer und Hausfrauen herausgegeben von

### Dr. Hugo Büttner.

Vollständig in circa 20 Lieferungen, à 4 R.

Hierzu als Prämie:

Ein vollständiges Kochbuch.

Vorrätig in der Buchhandlung von Th.

Aukth, Langenmarkt No. 10. (9091)

Am Mittwoch, den 8. Juni, Vormittags 10 Uhr, werde ich im Hause des Kaufmann David Herrmann zu Dirschau, eine Partie Lederhäute von 400 Stück, und zwar 3 Stapel, a 100 Stück, 1 Stapel 80 Stück und 1 Stapel 20 Stück kleinere, an den Meistbietenden gegen baare Zahlung verkaufen.

Dirschau, den 31. Mai 1870.

F. F. Döbu,

(9042) Auctionator.

**Submission auf Erdarbeiten.**

Zur Erhöhung eines Feldes werden ca. 3000 Schachtröhren Erde erfordert. Bedingungen einzusehen im Bureau des Herrn Rechtsanwalt Lindner, Jopengasse 51, woselbst Offerten bis zum Dienstag den 7. Juni entgegen genommen werden. (8957)

### Emigration.

Eine freie Passage nach New- Zealand und Canada (British-North-America).

Arbeitsame Leute von unbequitemem Rufe können eine „gänzlich“ freie Passage nach oben erwähnten Colonien erhalten.

Handwerkern und Landarbeitern wird der Vorzug gegeben. [8882]

Applicationen „frankiert“ mit genauer Angabe von Alter, Profession usw. erbittet man mit Einschluß einer fünfzigchen frei-Marke an den Herrn Bevollmächtigten P. W. Rice, 7, Warwick Place West, S. W. London, zu adressiren.

**L. W. Egers'scher Henkel-Honig-Extract.**

Belanntes Hausmittel gegen Katarrh, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Asthma, Keuchhusten, wie bei allen Kinderkrankheiten. Einzig und allein echt zu haben bei Herm. Grönau, Altstädtischen Gruben 69. Albert Neumann, Langenmarkt No. 38 u. Richard Lenz, Jopengasse 20 in Danzig, Dr. L. Pottlitzer in Kreuzstadt, Schulz in Marienburg, J. W. Frost in Blewe, B. Wiebe in Deutsch-Golau. (7617)

Mein reichhaltiges Lager von Erd- u. Metallfarben, trocken und in Oel gerieben, zu allen Anstrichen passend, Leinöl, Leinölfirnis, franz. u. inländisches Terpentinöl, Lade in Oel und Spiritus, aus den besten Fabriken, sowie Broncen, Blattgold und Blattsilber halte bestens empfohlen. (6528)

### Carl Schnarecke,

Brodberkengasse 47.

Ein gemästeter Bulle, Holz-Race, sowie auch 3 Stück Sauge-Säbel, 10 Wochen alt, sind zu verkaufen bei

Joh. Wiens,

Schulze in Beyer's-vorderlampe

bei Elbing. (9067)

Mein reichhaltiges Lager von Erd- u. Metall-

farben, trocken und in Oel gerieben, zu allen

Anstrichen passend, Leinöl, Leinölfirnis,

franz. u. inländisches Terpentinöl, Lade

in Oel und Spiritus, aus den besten Fabriken,

sowie Broncen, Blattgold und Blattsilber halte

bestens empfohlen. (6528)

Um der Concurrenz etwas zu bieten, füge ich einer Bestellung von 250 Stück Cigars ein feines Bild gratis bei und empfehle die weltbekannte Havana-Pflanzer-Cigars

in Original-Packung à Mille R. 16. und 250 Stück 4 R.

ff. Lip-Tip Havana Para 14. - 250 3½ R.

ff. Umb. Cuba 12. - 250 3 R.

Auf Wunsch gebe ich MusterSendungen von 250 Stück gegen Einzahlung oder Nachnahme

franco ab und tausche in nicht convenirendem Falle die Ware wieder um.

Leipzig. (9067)

J. E. Berthold, Gerberstr.

Mein Geschäfts-Locals befindet sich im Hause meines Vorgängers, des Herrn Justiz-Raths Bölk, Hundegasse No. 51.

Franz Kappf.

Eine Sprungfedernmadrake, nach neuer Kon- gearbeitet, ist Umstände halber b. zu verkaufen Dreibergasse No. 20. (9085)

## Fabrik-Verkauf.

Das früher dem verstorbenen Kaufmann N. F. Wegmann gehörige, unmittelbar bei Elbing, und einige hundert Schritte von der Königsberger Chaussee belegene Fabrik-Grundstück, zu welchem

a) ein Wohnhaus, 34 Fuß lang und 20 Fuß breit,

b) ein Stallgebäude, 18 Fuß lang, 15 Fuß breit, beide von Bindewer,

c) ein massives Mühlengebäude, 28½ Fuß lang,

d) ein Wasserradhaus, massiv, 23 Fuß lang,

12 Fuß breit,

e) ein Fabrikgebäude, teils massiv, teils in Bindewerk, 20½ Fuß lang, 19 Fuß breit,

f) ein Anbau in Bindewerk, 26½ Fuß lang, 7½ Fuß breit,

g) ein Fabrikgebäude, massiv, 65 Fuß lang,

22 Fuß breit,

h) ein Anbau von Brettern, 36½ Fuß lang, 5 Fuß breit,

i) ein Trockenhaus mit Borgelege, massiv, 15 Fuß lang, 12 Fuß breit,

k) ein Schuppen von Brettern,

l) 122 Ruten Gemüse und Gartenlanz,

m) ein Grundstück mit Schüre im Hommel-

an-

n) eine Schleuse mit Gerinne und Frei-

schleuse,

o) ein 13 Fuß hohes Wasserrad,

p) 2 Tretradäder mit elastenen Bändern,

gebogen, in dem früher eine Schmelzofenfabrik

betrieben, durch welches der Hommelkanal fließt,

und das sich daher zu jeder anderen Fabrik einer,

soll wegen Auseinandersetzung der Erben frei-

willig meistbietend verlaufen werden.

Es steht dazu ein Termin auf Mittwoch, den 1. Juli cr., Nachmittags 4 Uhr im Bureau des Unterzeichneten: Elbing, Kettenbrunnenstr. Nr. 5 an, wo selbst die Kaufbedingungen zu erfahren sind. (8677)

N. Walter.

Das Grundstück Hanswaldé No. 12, 220 Morgen, pr. groß, milder Lehmboden, ¼ Meile von der Chaussee Friedland nach Bahnhof Tapiou entfernt, mit guten Gebäuden, soll unter günstigen Bedingungen verlaufen werden.

Das Nähere zu erfragen bei

C. Großmann,

(8982) Maurermeister.

Weihau, im Mai 1870.

Durch das landwirtschaftliche Central-Büro der Gewerbebuchhandlung von Reinhold Häbin in Berlin, Leipziger Straße 14, werden zum sofortigen Antritt, resp. 1. Juli cr. gesucht: 7 Deconomie-, Hof- u. Feld-Verwalter, Geh. 80—200 R.; 3 unver. Gartn., Geh. 60—80 R. u. Tant.; 1 Brennerei-Verwalter, Geh. 80 R., Tant. u. Deputy; 5 tüchtige Landwirtschaftlerinnen, Geh. 50—100 R.; sowie 6 Deconomie-Cleven unter günstigen Bedingungen. Honorar nur für wirkliche Leistungen. Briefe finden innerhalb 3 Tagen Beantwortung. (9077)

Gesucht in Stadt und Land tüchtige Agenten, Männer oder Damen, für den Aufz. eines Artikels ersten Nutzens. Jede intelligente Person kann sich in seinen Mühselunden einen Ertrag von Rrs. 2—3000 jährlich erwerben.

Briefe franko an den Director der Alliance in Chang de Fonds (Schweiz), unter Beifügung von 2 Silbergroschen in Postmarke für frankierte Antwort.

Ein mit der deutschen und englischen Correspondenz und der Buchführung völlig vertrauter Commiss wird für ein bissiges größeres Geschäft gesucht. Adressen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsforderung werden unter 9020 durch die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Mehrere gut empfohlene Wirtschaftsbeamte suchen ich gegen 80 bis 120 R. Jahresgehalt. Polnische Sprachkenntniß erwünscht.

(9087) Böhmer, Langgasse 55.

Für einige Güter bei Danzig suchen ich gebildete Wirtschafts-Cleven unter vortheilhaften Bedingungen.

Böhmer, Langgasse 55.

Agenten-Gesuch.

Für den Verkauf der allgemein u. anerkannt beliebten Briefsiegelmarken sucht solide, thätige Agent gegen sehr hohe Provision.

Die Nürnberger Briefsiegelmarken-Fabrik G. D. Schwemmer in Nürnberg (Bayern).

Stelle-Gesuch.

Ein junger Mann, gegenwärtig in einer Cigarren-Fabrik als Werkführer, mit dem Geschäft und der doppelten Buchführung vertraut, sucht in dieser Branche eine Stelle.

Adr. unter R. S. poste restante

Stolp einzufinden. (9088)

Ein Comtoir zu vermieten Hundegasse 30. (9090)

Seebad Westerplatte.

Mittwoch, den 1. Juni.

Nachmittags 4 Uhr.

Grosses Concert

des Musikkönigsrates Fr. Laade aus Dresden mit seiner Kapelle. Entrée 2½ R., Kinder 1 R.

Donnerstag, den 2. Juni;

Concert bei Schroeder,

Oliveraer-Thor.

No. 6056

laufen zurück die Expedition der Danz. Zeitung.

Druck u. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

## Bekanntmachung.



Vom 5. Juni d. J. ab bis auf Weiteres wird an den Sonn- und Festtagen ein Extrazug von Neufahrwasser nach Danzig und ein solcher von Danzig nach Neufahrwasser abgelassen werden, in welchen Personen in allen vier Wagentlassen zu den tarifmäßigen Sächen Aufnahme finden.

### Absatz von Neufahrwasser

4 Uhr 6 Minuten Nachmittags.

### Absatz von Danzig (Hohe Thor)

4 Uhr 30 Minuten Nachmittags.

Bromberg, den 14. Mai 1870.

Königliche Direction der Ostbahn. (8464)

### Aufk